

Helmut Mirbach, Mitglied der Fraktion ver.di/ACA/IG Metall

„Auch wenn es jetzt schon mehrfach geschehen ist, möchte ich noch mit ein paar Worten auf die bedenkliche finanzielle Situation in der KV eingehen. Im Jahr 2024 betrug der Ausgabenüberschuss im Bereich der GKV insgesamt über 6 Mrd. Euro. Die Rücklagen fast aller Kassen befinden sich deutlich unter der vorgeschriebenen Grenze von 20 Prozent einer Monatsausgabe. Im Vergleich zu der durchschnittlichen Rücklage vom 6,6 Prozent aller Krankenkassen weist die DAK mit ihrer Rücklage, die über diesem Durchschnitt liegt, ein Ergebnis auf, das ich als Lichtblick am dunklen Horizont bezeichnen würde. An dieser Stelle möchte ich im Namen unserer Fraktion den Dank an alle Beschäftigten der DAK richten, die hierzu beigetragen haben.

Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass dringender Handlungsbedarf bei der Finanzierung der GKV gegeben ist. Die Zahlen belegen, es ist nicht mehr 5 vor 12, sondern mindestens 12 ist und eine Reform im Bereich der GKV dringend erforderlich ist. Die von Gesundheitsministerin Warken angekündigten Maßnahmen, die Unterfinanzierung aus dem Bereich der Beitragszahlung für Bürgergeldempfänger mit 10 Mrd. Euro auszugleichen und die Übernahme des vorgesehenen Krankenkassenanteils von 2,5 Mrd. Euro aus der Finanzierung des Transformationsfonds wären sicherlich wichtige und notwendige Maßnahmen, die aber mit Sicherheit nicht ausreichen, um die GKV wieder auf gesunde Füße zu stellen.

Im Moment werden die unterschiedlichsten Modelle und Überlegungen für Reformen des Systems durch verschiedene Interessensgruppen in der Presse lanciert. Wir als Fraktion ver.di/ACA/IG-Metall hoffen, dass sich die Politik die Zeit nimmt, um Ergebnisse zu erzielen, die die GKV wieder auf gesunde Beine stellt, ohne dass es zu Leistungseinbußen bei den Versicherten kommt.

Zur Finanzlage der Pflegeversicherung:

Habe ich für die GKV gesagt, es ist 12, ist es in der Sozialen Pflegeversicherung sicherlich 5 nach 12. Der Pflegeversicherung droht angesichts der hohen Defizite, die von 1,5 Mrd. Euro im Jahr 2024 auf wahrscheinlich 1,7 Mrd. Euro im Jahr 2025 ansteigen werden, - und das trotz Beitragserhöhung - der finanzielle Kollaps.

Trotz der immer drastischen gestiegenen Kosten ist die Pflege in Deutschland nicht besser geworden und für den Normalbürger erst recht nicht mehr bezahlbar. Die von Ministerin Warken in Aussicht gestellte Rückzahlung des Corona-Darlehens von 5,2 Mrd. Euro hilft der

Pflegeversicherung kurzfristig, ist aber nicht des Rätsels Lösung. Hier ist eine Reform erforderlich, die die Pflegeversicherung langfristig sichert. Auch hier gilt sicherlich Qualität vor Schnelle, damit wir nicht in wenigen Jahren wieder da stehen, wo wir jetzt sind.

Der letzte Punkt meiner Ausführungen, der meine Fraktion und mich gelinde gesagt wütend macht, ist der angedrohte Angriff auf die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie. Was gab es für einen Aufschrei, als aus Teilen der SPD gefordert wurde, die Erhöhung des Mindestlohnes gegebenenfalls per Gesetz zu regeln, wenn es hierzu zwischen den Tarifpartnern keine Einigung gibt. Und was passiert jetzt? Getreu dem Motto, was kümmert mich mein Geschwätz von gestern, wollen die Koalitionsparteien u. a die Krankenkassen zwingen, die Beschäftigten zukünftig nach dem TvÖD, also dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst zu bezahlen.

Aus Sicht meiner Fraktion handelt es sich hierbei um einen drastischen Eingriff in die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie. Wir als Fraktion bitten Sie, bzw. möchten Sie auffordern, sich dafür einzusetzen, dass die zwischen den Krankenkassen als Arbeitgeber und den Gewerkschaften vereinbarten Tarifverträge weiterhin ihre Gültigkeit behalten. Wir müssen uns sicherlich nicht darüber streiten, dass die Beschäftigten der Krankenkassen nicht schuld an der finanziellen Situation der Krankenkassen sind, und eine solche Maßnahme erst recht nicht die Krankenversicherung retten würde.“